

Verwaltung:

Herr Wörmann
Frau Berkemeyer
Herr Flachmann

Stab Dezernat 5
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Gast:

Frau Berndt-Schmidt

Hamfeldschule

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.09.2011

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.09.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Preisverleihung Projekt "Kanu - Gemeinsam weiterkommen"

Herr Epp berichtet über den aktuellen Stand zum Projekt „Kanu - Gemeinsam weiterkommen“.

Das Projekt wird in die Landesinitiative Gesundes Land Nordrhein-Westfalen aufgenommen und am 10.11.11 im Landtag Düsseldorf mit dem 1. Preis geehrt.

Die Ergebnisse der Evaluation des Projektes durch die Uni Duisburg werden voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Punkt 2.2 Weitere Mitteilungen

Frau Stillger verweist auf die verteilten Einladungen der FREIWILLIGEN AKADEMIE OWL .

Herr Wörmann verweist auf den verteilten Flyer zur Fachtagung „Moderne kommunale Sozialplanung - Unterstützung des Sozialen Wandels“ am 18.11.2011.

Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 5 Fortführung des Angebotes "Schulstation"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3088/2009-2014

Frau Berndt-Schmidt und Frau Berkemeyer berichten über die bisherigen Ergebnisse des Projektes.

In der anschließenden Diskussion wird die Notwendigkeit gesehen, auch jüngere Kinder in den Fokus zu nehmen. In dem Zusammenhang gibt Frau Berndt-Schmidt zu bedenken, dass es sich bei der Zielgruppe um Kinder und Jugendliche mit psychischen Belastungen und Erkrankungen handelt. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie diagnostiziert in der Regel solche Belastungen und Erkrankungen nicht schon im Kindergartenalter.

Frau Hellweg hält es für notwendig, dass die Schulstation als höherschwelliges Angebot angesehen wird. Im niedrigschwelligen Bereich konnten bereits viele Angebote entwickelt werden. Insofern spricht sie sich dafür aus, den Blick eher auf die Kinder und Jugendlichen zu richten, die bereits ein hohes Maß an Entwicklungsstörungen aufzuweisen haben. Sie warnt ausdrücklich vor einer möglichen Stigmatisierung im frühen Kindesalter.

Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt zusammenfassend fest, dass weiterer Bedarf gesehen wird und das Projekt fortgeführt werden sollte.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Fortführung der „Schulstation“ an der Hamfeldschule. Das bisherige Projekt soll als Regelangebot fortgeführt werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

2. Satzung zur Änderung Elternbeitragssatzung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3121/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die 2. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung zum 01.08.2011 gemäß Anlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Belegung der Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3210/2009-2014

Herr Epp erläutert die als Tischvorlage ausgehändigte Informationsvorlage.

Herr Nockemann bittet die Verwaltung spätestens im Februar 2012 um einen weiteren Bericht über den aktuellen Stand der Dinge.

Hinsichtlich der im Stadtbezirk Sennestadt verteilten Flugblätter mit möglicherweise unzulässigen Inhalten bittet er die Verwaltung zu prüfen, ob und inwieweit dagegen vorgegangen werden kann.

Herr Epp sichert zu, das Flugblatt an das Rechtsamt weiterzuleiten sowie an die Polizei mit der Bitte um Prüfung, ob ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren einzuleiten ist.

Frau Stillger bittet darum, künftig bei der Bekanntgabe der Belegungszahlen nach Geschlecht zu differenzieren.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 8

Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Bielefeld: Schulsozialarbeit

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3115/2009-2014

Herr Wörmann erläutert die Vorlage.

Herr Langeworth kritisiert, dass die betroffenen Stadtbezirke nicht im Vorfeld beteiligt wurden.

Herr Wörmann verweist auf eine Stellungnahme des Rechtsamtes, wonach eine Beteiligung der Bezirke in dieser Angelegenheit nicht erforderlich ist. Es sei vorgesehen, die jeweils betroffenen Bezirksvertretungen nach Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bielefeld zu informieren.

Frau Stillger, Herr Bauer und Herr Onckels vermissen ein Rahmenkonzept für die Umsetzung des Erlasses.

Herr Ridder-Wilkens kritisiert die zeitliche Befristung auf 2 Jahre. Somit sei keine Nachhaltigkeit der Sozialarbeit gegeben. Er bezeichnet dies als „Politik nach Kassenlage“.

Frau Eberlein, Herr Potschies und Frau Wehn äußern heftige Kritik an dem kaum zu bewältigenden administrativen Aufwand in den Einrichtungen bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets. Dieser umfangreiche Verwaltungsaufwand gehe erheblich zu Lasten der pädagogischen Arbeit.

Herr Potschies hält es für dringend erforderlich, die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket in die bereits bestehenden Systeme und Rahmenvorgaben einzubinden und bittet um eingehende Prüfung, inwieweit außerschulische Partner beteiligt werden können.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion bittet Vorsitzende Frau Weißenfeld die Verwaltung zu prüfen, inwieweit hinsichtlich des hohen Verwaltungsaufwandes bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets neben der Aufstockung des Personals in der Fachverwaltung auch den Trägern Unterstützung dargeboten werden kann.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt vor, den Beschluss insoweit zu ergänzen, als die Verwaltung gebeten wird, die inhaltlichen Eckdaten im Jugendhilfeausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss den **ergänzten**

Beschluss:

1. In den folgenden Schulen soll ab 01.01.2012 (befristet bis zum 31.12.2013) mit Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket begonnen werden:

1. Tranche: Pilotbereiche zur Umsetzung der vom Leitungsteam der Bildungsregion Bielefeld priorisierten Maßnahmen – 11 Stellen

- Bückardtschule
- Hellingskampschule

- Josefschule
- Volkeningschule
- Sudbrackschule
- Rußheideschule
- Osningschule
- Stieghorstschule
- Brüder-Grimm-Schule
- Astrid-Lindgren-Schule
- Hans-Christian-Andersen Schule

2. Tranche: Weitere Grundschulen mit hoher sozialer Belastung, die nicht Pilotbereiche für die Bildungsregion sind, aber mit dem Bildungsbüro kooperieren – 4 Stellen

- Wellbachschule
- Südschule
- Frölenbergschule
- Vogelruthschule

3. Tranche: Berufskollegs in städtischer Trägerschaft und in Ersatzschulträgerschaft – 7 Stellen

- Rudolf-Rempel-Berufskolleg
- Berufskolleg Senne
- Maria-Stemme-Berufskolleg
- Carl-Severing-Berufskolleg für Handwerk und Technik
- Carl-Severing-Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung
- Carl-Severing-Berufskolleg für Metall und Elektrotechnik
- Berufskolleg am Tor 6

4. Tranche: Einzelmaßnahmen - 2 Stellen
- Projekt „Schulstation“ an der Hamfeldschule
- Integrationskonzept für Seiteneinsteiger

2. In den folgenden Schulen soll vorbehaltlich politischer Beschlüsse bzw. noch ausstehender Betriebserlaubnisse ab dem Schuljahr 2012/2013 (befristet bis zum 31.12.2013) mit Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket begonnen werden:

1. Tranche: Stadtteilschule Jöllenbeck als Sekundarschule - 1 Stelle

2. Tranche: Umsetzung des Projektes KI>>GS (Übergang KiTa-Grundschule) – 3 Stellen

- Grundschule Altenhagen
- Pläßschule
- Grundschule Windflöte

3. Tranche: Perspektivisch erforderliche Schulsozialarbeit durch Umsetzung schulorganisatorischer Maßnahmen im Grundschulbereich - bis zu 3 Stellen

3. Zur Koordination und Standardsetzung der Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket an den vorgenannten Schulstandorten sowie zur Evaluation sollen ab 01.01.2012 zwei

Steuerungsstellen in der Verwaltung – befristet bis zum 31.12.2013 – eingerichtet werden.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgenannten Maßnahmen entsprechend der o. g. Zeitplanung umsetzen.
5. Im Vorgriff auf den Haushalt 2012 werden für Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket Mittel für den Personal- und Sachaufwand in Höhe von bis zu 1,98 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt in vollem Umfang aus der Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für SGB-II-BezieherInnen, Produktgruppe: 110501.

Ergänzung:

Die Verwaltung wird gebeten, die inhaltlichen Eckdaten zur Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

...-

Zu Punkt 9

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keine Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zu berichten.

...-